

## Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Liesel Hartenstein, Monika Ganseforth, Michael Müller (Düsseldorf), Volker Jung (Düsseldorf), Klaus Daubertshäuser, Horst Sielaff, Dr. Uwe Jens, Brigitte Adler, Robert Antretter, Angelika Barbe, Holger Bartsch, Hans Berger, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Ulrich Böhme (Unna), Arne Börnsen (Ritterhude), Edelgard Bulmahn, Hans Martin Bury, Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Carl Ewen, Elke Ferner, Lothar Fischer (Homburg), Norbert Formanski, Dr. Fritz Gautier, Klaus Hasenfratz, Reinhold Hiller (Lübeck), Lothar Ibrügger, Dr. Ulrich Janzen, Susanne Kastner, Marianne Klappert, Dr. Karl-Heinz Klejdzinski, Siegrun Klemmer, Walter Kolbow, Rolf Koltzsch, Volkmar Kretkowski, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Klaus Lennartz, Dr. Elke Leonhard-Schmid, Dr. Dietmar Matteredne, Heide Mattischeck, Ulrike Mehl, Herbert Meißner, Albrecht Müller (Pleisweiler), Christian Müller (Zittau), Jutta Müller (Völklingen), Rudolf Müller (Schweinfurt), Dr. Rolf Niese, Jan Oostergetelo, Albert Pfuhl, Peter W. Reuschenbach, Dr. Hermann Scheer, Siegfried Scheffler, Otto Schily, Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Joachim Tappe, Dr. Gerald Thalheim, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Matthias Weisheit, Dr. Axel Wernitz, Dr. Margrit Wetzel, Gudrun Weyel, Hermann Wimmer (Neuötting), Berthold Wittich, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

### Klimaschutz in Europa

Das Klimaproblem ist Teil einer Umwelt- und Gesellschaftskrise, die durch einen Wirtschafts- und Lebensstil verursacht ist, der nicht regenerierbare Ressourcen und regenerierbare Natur übernutzt.

In der Frage des Klimaschutzes wird sich exemplarisch zeigen, ob die Europäische Gemeinschaft und die internationale Staatengemeinschaft in der Lage sind, die Rahmenbedingungen unseres Wirtschafts- und Konsumniveaus dahin gehend zu verändern, daß die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten bleiben. Dem weiteren Umgang mit Energie kommt eine Schlüsselfunktion bei dem notwendigen Wandel zu einer dauerhaften Entwicklung zu.

Die Einführung der im Entwurf vorliegenden EG-weiten CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer ist nicht die Lösung für die Klimaproblematik, jedoch ein erster positiver Ansatz. Für den notwendigen Strukturwandel unseres Wirtschaftssystems wäre die Einführung einer europäischen allgemeinen Energiesteuer erforderlich.

Ob die Europäische Gemeinschaft ihren Anteil zur Abwehr einer drohenden Klimakatastrophe beitragen wird, hängt vor allem davon ab, ob in den beiden Schlüsselbereichen Energie und Verkehr die bisherigen Verbrauchsentwicklungen umgekehrt werden können.

Eine langfristige Lösung der Klimaproblematik ist nur möglich, wenn die Entwicklungsländer in eine globale Gesamtstrategie einbezogen werden. Dazu muß ein neues Leitbild gefunden werden, das die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zum Ziel hat.

„In den Augen der Entwicklungsländer wird die Glaubwürdigkeit der industrialisierten Welt – und somit auch der Gemeinschaft – in dem Maße steigen oder sinken, in dem sie ihrer eigenen Probleme Herr wird“ (Zitat aus dem 5. Umweltaktionsprogramm der EG).

Wir fragen die Bundesregierung:

#### *I. CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer, dauerhafte Entwicklung*

1. Ziel der Europäischen Gemeinschaft ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen der EG bis zum Jahr 2000 auf dem Stand des Jahres 1990 zu stabilisieren.

Ist dieses Ziel ausreichend, um die Klimagefahren abzuwenden?

2. Welchen prozentualen Anteil schreibt die Bundesregierung dabei einzelnen Maßnahmen, wie der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer, dem SAVE-Programm, dem ALTENER-Programm, JOULE, THERMIE und anderen Maßnahmen zu?

Welcher ergänzender Maßnahmen der Mitgliedstaaten bedarf es nach Meinung der Bundesregierung, um das CO<sub>2</sub>-Minderungsziel der Europäischen Gemeinschaft zu erreichen?

3. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen zu der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer?

Wo sieht die Bundesregierung die größten Widerstände gegen eine CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer in den einzelnen Mitgliedsländern?

Bis wann rechnet die Bundesregierung mit einer Einigung?

4. Wird die Bundesregierung die Forderung der Fraktion der SPD nach einer allgemeinen Energiesteuer ohne CO<sub>2</sub>-Komponente unterstützen, um eine europäische Vereinbarung zu fördern?

5. Sieht die Bundesregierung in der Einführung einer europäischen Energiesteuer eine Möglichkeit, den Strukturwandel der europäischen Industrie und ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu erhalten oder zu verbessern?

6. Hält die Bundesregierung die Verknüpfung der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer mit Maßnahmen anderer OECD-Staaten – die sogenannte Konditionalitätsklausel – für sinnvoll?

Wird sich die Bundesregierung für eine Aufhebung der Konditionalitätsklausel einsetzen?

7. Wie schätzt die Bundesregierung die EG-weite und nationale Entwicklung im Bereich der Kohlendioxidemissionen für den Fall ein, daß die geplante CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer zustande kommt?

Was wären die Folgen eines Scheiterns?

8. Wäre die Bundesregierung im Falle der Nichtdurchsetzbarkeit einer EG-weiten Energiesteuer bereit, auf nationaler Ebene eine Energieabgabe einzuführen?

Wie sollte sie ausgestaltet werden?

9. Welche Konsequenzen hatte die Einführung der nationalen Energiesteuer in Dänemark („Output-Lösung“) und in den Niederlanden („Input-Lösung“) auf die Parameter Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung, Investitionen, Preisniveau, Wachstum, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Umwelt?

10. Wird es nach Meinung der Bundesregierung durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer zu einer Veränderung des Energie-Mixes oder zu einer Effizienzsteigerung kommen?

Würde durch die Steuer der Einsatz der heimischen Energieträger Braun- und Steinkohle reduziert bzw. gefährdet?

11. Wie schätzt die Bundesregierung die Lenkungswirkung der geplanten CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer in den Sektoren Verkehr, Industrie, Stromerzeugung und -verbrauch, Privathaushalte und Dienstleistungen bei dem geplanten Einstieg von 3 \$ pro Barrel Öläquivalent bis zum Endsteuersatz von 10 \$ pro Barrel Öläquivalent ein?

Wie hoch sollte der Steuersatz liegen, um die gewünschte Lenkungswirkung bis zum Jahr 2000 zu erreichen?

12. Welche Kompensationsregelungen sieht die Bundesregierung zu den im Entwurf vorgesehenen Ausnahmeregelungen für energieintensive Unternehmen vor?

Nach welchen Kriterien und für welche Branchen will die Bundesregierung eine solche Steuerbegünstigung vorsehen?

13. Wie soll das Steueraufkommen der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer in der Bundesrepublik Deutschland verwandt werden (Klimaschutz, Energieeffizienz, Energiesparmaßnahmen, erneuerbare Energien, verkehrlenkende Maßnahmen, Senkung der Lohn- und Einkommensteuer)?

14. Hält die Bundesregierung Selbstverpflichtungserklärungen für eine Alternative zur Einführung einer CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer?

Hält die Bundesregierung das vom Bundesverband der deutschen Industrie in die Diskussion gebrachte Kompensationsmodell für geeignet, eine wirksame Senkung der Umweltbelastungen zu erreichen?

15. Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, daß es durch internationale Kompensationsmodelle zur Zementierung von bestehenden Wirtschaftsstrukturen kommt?

Nehmen Kompensationsmodelle den Innovationsdruck von der Industrie, und vergibt diese damit die Möglichkeit, in diesem Bereich Vorsprünge zu gewinnen und wirtschaftlich nutzbar zu machen?

16. Welche Entwicklung haben die CO<sub>2</sub>-Emissionen in den alten und neuen Bundesländern zwischen 1987 und 1992 genommen?

Worin sieht die Bundesregierung die Gründe für diese Entwicklung, und entspricht sie der vorausgerechneten Emissionsentwicklung auf dem Weg, das nationale CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziel zu erreichen?

17. Mit welchen Maßnahmen (z. B. Finanz-, Technologie- und Know-how-Transfer) und in welchem Umfang hat die Europäische Gemeinschaft versucht, die Entwicklungsländer und die Länder in Mittel- und Osteuropa bei der Bewältigung der Klimaproblematik zu unterstützen, insbesondere im Hinblick darauf, daß die Europäische Gemeinschaft im 5. Umweltaktionsprogramm die „umfassende Verantwortung der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten als einen der wichtigsten regionalen Zusammenschlüsse der Welt“ anerkannt hat?
18. Reicht nach Meinung der Bundesregierung die Effizienzsteigerung im Bereich der Energieversorgung und des Verkehrs in der Europäischen Gemeinschaft aus, um die Gefahr einer Klimakatastrophe abzuwenden?

## II. SAVE-, ALTENER-Programme, erneuerbare Energien

19. Mit welchem finanziellen Volumen sind die Programme SAVE (Verbesserung der Energieeffizienz) und ALTENER (Förderung erneuerbarer Energien) ausgestattet, und welche Impulse erwartet die Bundesregierung für den Klimaschutz in der EG?
20. In welchem Zeitraum rechnet die Bundesregierung mit der Verabschiedung von SAVE und der nationalen Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen wie
- Einführung von Energieeffizienznormen im Bereich von Elektrogeräten, Autos und Gebäuden, Energieausweisen für Gebäude, Heizkostenabrechnung auf Verbrauchsbasis, Wärmedämmung von Neubauten,
  - Durchführung von Hemmnisanalysen für die Steigerung der Energieeffizienz und
  - die Erprobung von Drittfinanzierungsmodellen für Effizienzinvestitionen?

Welche Reduktionspotentiale bezüglich der Umweltemissionen besitzen nach Meinung der Bundesregierung die einzelnen, in SAVE geplanten Strategien?

21. Mit welchem finanziellen Volumen sind die Programme THERMIE und JOULE ausgestattet, und welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Programmen bei?
22. Welche Marktanteile werden nach Ansicht der Bundesregierung die Solarenergie und andere erneuerbare Energien in

einem dauerhaften europäischen Energiesystem in den Jahren 2000, 2025 und 2050 haben?

23. Was sind nach Ansicht der Bundesregierung die entscheidenden Hindernisse für eine stärkere Ausweitung der Solarenergie in der EG und der Bundesrepublik Deutschland?
24. In welchem Umfang und mit welchen Programmen wird z. Z. in der EG und den Mitgliedstaaten die Forschung bzw. die Markteinführung im Bereich der erneuerbaren Energien, der fossilen Energien und der atomaren Energien gefördert?
25. Sind der Bundesregierung Lösungsansätze für folgende Problemfelder im Zusammenhang mit den Energiebinnenmarkt-richtlinien bekannt:
- Wie wird ermittelt bzw. überprüft, ob in einem Netzwerk noch genügend Kapazitäten zur Durchleitung der Energie gemäß dem Third Party Access vorhanden sind?
- Wie sollen die Preise für die Durchleitung kontrolliert werden?
- Wer soll diese Aufgaben wahrnehmen?
- Wie hoch werden die Kosten dieser Kontrollen sein?
26. Wie beurteilt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen den Energiebinnenmarkttrichtlinien und den Plänen für eine CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer?
- Werden sich die beiden Strategien nach Einschätzung der Bundesregierung in ihren Wirkungen nicht zumindest teilweise kompensieren?
- Wird die Bundesregierung den Energiebinnenmarkttrichtlinien ohne eine Verabschiedung der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer zustimmen?
- Welche Änderungsvorschläge wird die Bundesregierung machen?
27. Wie verhalten sich die Strompreise in Europa im Vergleich zu Japan und den USA in Industrie, Haushalt und Kleinverbrauch, und welche Bedeutung hat dies für die internationale Wettbewerbsfähigkeit?
28. Wie wird sich der angestrebte Energiebinnenmarkt auf die Energiepreise für Klein- und Großabnehmer auswirken?
- Teilt die Bundesregierung die Prognose des Institutes für Europäische Umweltpolitik, daß der Energiepreis für Großabnehmer sich im Binnenmarkt um bis zu 20 Prozent reduzieren wird?
- Falls nein, welche Preisentwicklung prognostiziert die Bundesregierung?
29. Welche Auswirkungen werden nach Ansicht der Bundesregierung sinkende Energiepreise auf die Innovationstätigkeit und die Marktdurchsetzung regenerativer Energieträger und die Ausnutzung technisch vorhandener Energiesparpotentiale haben?

30. Wird die Modulation der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer zu einer Bevorzugung der Atomenergie führen?

Stimmen die Schätzungen, daß im Jahr 2000 die Steuer für Atomstrom bei 41 DM (1993: 12 DM) und bei Steinkohle bei 89 DM (1993: 27 DM) liegen wird?

31. Wie hoch liegen die direkten und indirekten energieverbrauchsfördernden Subventionen in der EG und den Mitgliedstaaten für die Bereiche Wohnungsbau, Straßenbau, Landwirtschaft und atomare und fossile Energieversorgung?

Wie hoch sind die Subventionen in den Bereichen Energiesparen und erneuerbare Energien?

32. Welche Auswirkungen hat der Energiebinnenmarkt auf das deutsche Stromerzeugungsgesetz?

### III. Verkehr

33. Mit welchen Strategien und in welchem Zeithorizont läßt sich nach Meinung der Bundesregierung eine Entkoppelung von Verkehrszuwachs und Wirtschaftswachstum verwirklichen?

34. Hält die Bundesregierung es für möglich, mittel- bis langfristig die mit dem wachsenden Individualverkehr zusammenhängenden Probleme – unter anderem die Klimaproblematik – zu lösen?

Teilt sie die Auffassung, daß dafür eine neue Raumordnung, die Entwicklung verkehrsarmer Strukturen und das Wirtschaften mit weniger Verkehr notwendig sind?

35. Welche Konzepte für eine derartige Neuordnung von Mobilität verfolgt die Bundesregierung national und EG-weit, welche Konzepte sind in der Entwicklung, wann ist mit ihrer Umsetzung zu rechnen, und wo werden sie erprobt?

36. Welche Bedeutung haben nach Meinung der Bundesregierung die Programme DRIVE, EURET, PROMETHEUS, SAST im Hinblick auf den Klimaschutz?

37. Wann ist in der Bundesrepublik Deutschland mit einer Verabschiedung einer Regelung zur CO<sub>2</sub>-Emissionsminderung bei Pkw und Lkw zu rechnen?

Wie ist der Stand der Verhandlungen?

38. Wann ist in der Bundesrepublik Deutschland mit verbindlichen Vorgaben für den Treibstoffverbrauch bzw. den Flottenverbrauch von Neuwagen zu rechnen?

Liegt nach Meinung der Bundesregierung das Hindernis zur Markteinführung von Niedrigverbrauchsautos an zu niedrigen Treibstoffpreisen?

39. Der Luftverkehr trägt in wachsendem Maße zur Klimaproblematik bei.

Von welchen Wachstumsprognosen geht die Bundesregierung EG-weit und national aus?

Mit welchen Strategien versucht die Bundesregierung, der prognostizierten Steigerung des Luftverkehrs auf EG-Ebene und in der Bundesrepublik Deutschland und den davon ausgehenden Gefahren für die Umwelt zu begegnen?

Wie kann insbesondere der Flugverkehr unter 500 km Distanz vermieden werden?

40. Wie hoch ist der Anteil der Förderung von Straßenbauprojekten aus dem Kohäsionsfonds, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Förderung im Hinblick auf das gemeinschaftliche CO<sub>2</sub>-Stabilisierungsziel der EG?

41. Durch die Einführung der CO<sub>2</sub>-/Energiesteuer würden die Benzinpreise bis zum Jahr 2000 um weniger als zehn Prozent gegenüber dem derzeitigen Niveau ansteigen.

Wird damit nach Meinung der Bundesregierung die Wirksamkeitsschwelle erreicht?

Wo liegt diese?

Wo liegt der Preis für Benzin, der die Umweltauswirkungen des Straßenverkehrs internalisiert?

In welchem Zeitraum könnte dieser Preis nach Auffassung der Bundesregierung durchgesetzt werden?

42. Sind der Bundesregierung Berechnungen bekannt, welche zusätzliche CO<sub>2</sub>-Belastung durch die Umsetzung des Verkehrswegeplans verursacht wird?

Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung diese zusätzlichen Belastungen kompensieren?

43. Welche Bedeutung hat eine gemeinsame europäische Verkehrspolitik nach Meinung der Bundesregierung im Hinblick auf die Lösung der Klimaproblematik?

Welche konkreten Schritte und welcher Zeitplan sind auf dem Weg dorthin vorgesehen?

#### *IV. Landwirtschaft*

44. Wie ist die bisherige EG-Agrarpolitik unter Klimagesichtspunkten zu bewerten?

45. Welchen Anteil hat die Landwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft an den Emissionen treibhauswirksamer Spurengase (beispielsweise Methan, Distickstoffoxidemissionen, Ammoniak)?

46. Wie hoch ist in der EG und der Bundesrepublik Deutschland der Energieeinsatz fossiler Energieträger in der landwirtschaftlichen Produktion?

Wie hat er sich seit 1960 entwickelt?

In welchem Verhältnis steht in der EG der Input an fossilen Energien zum landwirtschaftlichen Output an Energie in Form von Biomasse?

47. Wie hoch ist der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln in der landwirtschaftlichen Produktion und der zur Herstellung dieser Mittel notwendige Energieeinsatz?

Wie ist die Entwicklung seit 1960?

Welche klimarelevanten Auswirkungen haben die eingesetzten chemischen Pflanzenschutzmittel und Düngemittel?

48. Wie hoch ist der Viehbestand in der Bundesrepublik Deutschland und in der EG im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche?

Welche klimarelevanten Emissionen werden durch die Tierhaltung verursacht?

49. In welchem Umfang wurden Aspekte des Klimaschutzes bei den Verhandlungen zur EG-Agrarreform 1992 berücksichtigt, und welche Auswirkungen hat diese Reform nach Meinung der Bundesregierung auf den Klimaschutz?

50. Wie beurteilt die Bundesregierung die Handlungsspielräume zur Verminderung des Beitrags der Landwirtschaft zum Treibhauseffekt?

Welche Alternativen zur bisherigen Entwicklung der Intensivlandwirtschaft sind möglich?

Welche Rolle spielt dabei der ökologische Landbau?

51. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur EG-weiten Internalisierung externer Kosten in der Landwirtschaft?

52. Wie schätzt die Bundesregierung die Möglichkeiten ein, über steuerliche Maßnahmen, wie einer Steuer auf mineralische Düngemittel oder Importfuttermittel, zu einer Emissionsminderung im Bereich Landwirtschaft beizutragen?

53. Welche EG-weiten Maßnahmen gibt es im Agrarbereich zur Förderung der rationellen Energienutzung oder des Einsatzes regenerativer Energieträger und des ökologischen Landbaus?

Wie ist das finanzielle Volumen im Verhältnis zu den übrigen Ausgaben auf dem Agrarsektor in der EG?

54. Wie beurteilt die Bundesregierung die kurz- bis langfristigen Chancen, im Rahmen von GATT ökologische Standards für Produkte und Produktionsverfahren in der Landwirtschaft einzuführen?

An welchen Widerständen ist dies bislang gescheitert?

Bonn, den 4. Oktober 1993



Dr. Liesel Hartenstein  
Monika Ganseforth  
Michael Müller (Düsseldorf)  
Volker Jung (Düsseldorf)  
Klaus Daubertshäuser  
Horst Sielaff  
Dr. Uwe Jens  
Brigitte Adler  
Robert Antretter  
Angelika Barbe  
Holger Bartsch  
Hans Berger  
Lieselott Blunck (Uetersen)  
Dr. Ulrich Böhme (Unna)  
Arne Börnsen (Ritterhude)  
Edelgard Bulmahn  
Hans Martin Bury  
Marion Caspers-Merk  
Dr. Marliese Dobberthien  
Carl Ewen  
Elke Ferner  
Lothar Fischer (Homburg)  
Norbert Formanski  
Dr. Fritz Gautier  
Klaus Hasenfratz  
Reinhold Hiller (Lübeck)  
Lothar Ibrügger  
Dr. Ulrich Janzen  
Susanne Kastner  
Marianne Klappert  
Dr. Karl-Heinz Klejdzinski  
Siegrun Klemmer  
Walter Kolbow  
Rolf Koltzsch  
Volkmar Kretkowski  
Horst Kubatschka

Dr. Klaus Kübler  
Klaus Lennartz  
Dr. Elke Leonhard-Schmid  
Dr. Dietmar Matteredne  
Heide Mattischeck  
Ulrike Mehl  
Herbert Meißner  
Albrecht Müller (Pleisweiler)  
Christian Müller (Zittau)  
Jutta Müller (Völklingen)  
Rudolf Müller (Schweinfurt)  
Dr. Rolf Niese  
Jan Oostergetelo  
Albert Pfuhl  
Peter W. Reuschenbach  
Dr. Hermann Scheer  
Siegfried Scheffler  
Otto Schily  
Karl-Heinz Schröter  
Dietmar Schütz  
Ernst Schwanhold  
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk  
Dietrich Sperling  
Dr. Peter Struck  
Joachim Tappe  
Dr. Gerald Thalheim  
Wolfgang Weiermann  
Reinhard Weis (Stendal)  
Matthias Weisheit  
Dr. Axel Wernitz  
Dr. Margrit Wetzel  
Gudrun Weyel  
Hermann Wimmer (Neuötting)  
Berthold Wittich  
Hans-Ulrich Klose und Fraktion





